

PTT-Union verlangt Erhöhung der PTT-Personalbestände.

Auch Reallöhne sind anzuheben

Über 10'800 Mitglieder der PTT-Union verlangen in einer Petition eine Erhöhung der PTT-Personalbestände und Realloohnerhöhungen für gewisse Ämterkategorien beziehungsweise die Revision der Ämtereinreihung. Weiter setzten sie sich für den vorzeitigen flexiblen Altersrücktritt für alle Besoldungsklassen und einen Ausbau der Arbeitsmedizin ein. Die Petition wurde gestern Montag in Bern dem Präsidenten der PTT-Generaldirektion Hans-Werner Binz überreicht.

Die Petition wurde von den Tessiner Sektionen der Union Schweizerischer Poste, Telephon- und Telegraphenbeamten (PTT-Union) lanciert. Die Unterschriften stammen aus der ganzen Schweiz. Die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen erwarten von der PTT-Generaldirektion, dass ihre Forderungen dem Eidgenössischen Parlament unterbreitet werden.

Nach Ansicht der Petitionäre müssen die Personalbestände dringend erhöht werden, damit der ständige Verkehrszuwachs die Arbeitsrhythmen nicht noch mehr ansteigen lässt. Es sei nur gerecht, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der PTT wenigstens teilweise von den hohen PTT-Gewinnen profitierten, die dank ihrer Arbeit erzielt würden, heisst es in der Petition. Fred Feitknecht, Zentralsekretär der PTT-Union, bezeichnete die Personalsituation bei den Postdiensten als prekär. In den letzten zehn Jahren habe der gewichtete Verkehr der gesamten Postdienste um 23,7 Prozent zugenommen. Im gleichen Zeitraum sei der Personalbestand jedoch nur um rund 12 Prozent gewachsen. Die PTT-Betriebe haben laut Feitknecht die Beschäftigungsmöglichkeiten nicht genutzt, die Kreispostdirektionen hätten nicht einmal die vom Parlament bewilligten Kontingente voll ausgeschöpft. Die Folge seien verschlechterte Arbeitsbedingungen, weil das Personal zusätzliche Arbeiten übernehmen müsse und eine abnehmende Dienstqualität.

Ähnlich sehe es im Fernmeldewesen aus. Oft sei es unmöglich, genügend qualifizierte Arbeitskräfte zu finden. Dies gelte nach Angaben der Petitionäre für die ganze Schweiz, aber insbesondere für Genf. Sie verlangen deshalb, dass die PTT-Betriebe besoldungsmässige und soziale Massnahmen ergreifen.

Reallohnrückstand

Der Reallohnrückstand des Bundespersonals dürfte gemäss den Ausführungen von Georges Eggenberger, Generalsekretär der PTT-Union, Ende 1987 rund 5 Prozent betragen. Die Unterzeichner der Schrift unterstützen deshalb eine Eingabe des Föderativverbandes, die eine umfassende Revision der Ämterklassifikation, eine Realloohnerhöhung und eine Verbesserung des Ortszuschlages fordert.

Weiter verlangen die Petitionäre, dass die PTT-Betriebe sich an der Finanzierung des für das Bundespersonal geforderten vorzeitigen flexiblen Altersrücktritts beteiligen, damit auch diejenigen davon profitieren können, welche in den weniger gut bezahlten Besoldungsklassen eingereiht sind.

Zudem müsse die Arbeitsmedizin in den PTT-Betrieben ausgebaut werden. Für alle Angestellten und Beamten, die unter erschwerten Bedingungen arbeiten, seien Eignungs- und regelmässige Kontrolluntersuchungen durchzuführen. Um die Auswirkungen der Schicht- und Nacharbeit abzuklären, seien zudem vergleichbare Langzeituntersuchungen erforderlich.

Die PTI-Union ist die Gewerkschaft des uniformierten Postpersonals sowie der Fernmeldehandwerker. Sie zählt über 27'000 Mitglieder.

SoAZ, 19.5.1987.

PTT-Union > Stellenplan. Petition. SoAZ, 1987-05-19